

Wir schreiben das Jahr 2002: Marion, 32 Jahre alt, Literaturwissenschaftlerin, hat gerade erste Berufserfahrungen in einem Verlag gesammelt. Vor einem Jahr hat sie den Informatiker Thomas, 36, geheiratet, der auf dem besten Wege ist, bald eine Position als Gruppenleiter zu bekommen. Über ihren beruflichen Erfolg sind die beiden sehr glücklich, aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Eigentlich würde das Paar gerne auch eine Familie gründen. Mindestens zwei Kinder, das wäre ihr größter Traum. Wie soll das aber realisiert werden, ohne dass einer von beiden auf berufliches Weiterkommen verzichtet? Gerne würde das Ehepaar eine Tagesmutter für die Betreuung ihres Kindes finden, damit beide möglichst bald wieder in ihren Berufen arbeiten können. Die Kosten sind aber zu hoch. Deshalb haben sie entschieden, den Kinderwunsch zu verschieben, vielleicht kommt irgendwann ja mal der geeignete Zeitpunkt, oder auch nicht...

Ähnlich die Lage bei Karin, 24, Verkäuferin in einer Modeboutique, und Bernd 29, Kfz-Mechaniker. Auch diese beiden wünschen sich Kinder. Dennoch fällt die Entscheidung schwer. Auf den Verdienst von Karin ist das Ehepaar bei den relativ hohen Mieten in der Großstadt angewiesen. Gerne würde Karin sich aber zumindest in den ersten Jahren nur der Kindererziehung widmen. Finanzierbar ist das jedoch nicht. Um weiterhin in ihrer Drei-Zimmer-Wohnung in einem guten Stadtviertel leben zu können,

müsste Karin zumindest halbtags weiter arbeiten gehen. Die Alternative: Umzug in eine schlechtere Wohngegend. Das möchten sie jedoch erst recht nicht mit einem Kind. Der Kinderwunsch muss also warten...

Ehe und Familie sind kein alter Hut

Ehe und Familie sind für junge Menschen nach wie vor erstrebenswerte Ziele, der Wunsch nach Kindern ist bei vielen vorhanden. Drei Viertel der Bevölkerung sind davon überzeugt, dass sie nur in einer Familie mit einem oder mehreren Kindern wirklich glücklich leben werden. Die wenigsten wollen als Teil einer „Spaßgesellschaft“ sich nur in Diskotheken amüsieren, schicke Autos fahren und jeden Modetrend mitmachen. Nein, der Traum von einer Familie, der Wunsch, Verantwortung füreinander und für Kinder zu übernehmen und gemeinsam eine Zukunft aufzubauen, ist auch heute noch bei vielen jungen Menschen lebendig. Doch Wunsch und Wirklichkeit klaffen oft weit auseinander.

„Kinder kriegen die Leute von allein“, das war noch die politische Devise in den Anfängen der Bundesrepublik. Was in den fünfziger und sechziger Jahren galt, trifft heute nicht mehr zu. Moderne Familienplanung ist spätestens seit den siebziger und achtziger Jahren selbstverständlich. Viele junge Paare überlegen sich genau, wann und wie viele Kinder sie bekommen können und möchten, um finanzielle Spielräume zu erhalten, ausreichend Wohnraum bereit-

zustellen und sich der Erziehung widmen zu können. Häufig erscheint es jungen Paaren nicht möglich, einen geeigneten Zeitpunkt für die Familiengründung zu finden. Zunächst muss die Ausbildung beendet werden, dann sind die ersten Karriereschritte wichtiger, und in vielen Fällen ist es zu spät, wenn der Kinderwunsch tatsächlich realisiert werden soll. Die Folge: Immer mehr Paare bleiben, gewollt oder auch ungewollt, kinderlos.

Bei der Geburtenhäufigkeit bildet Deutschland mit rund 1,3 Kindern je Frau im europäischen Vergleich nahezu das Schlusslicht. Wurden in Deutschland 1962 noch rund 1,2 Millionen Kinder geboren, waren es 1999 nur noch 770 000. 1962 waren zehn Prozent der Paare lebenslang kinderlos, heute sind es fast vierzig Prozent. Fast die Hälfte aller akademisch ausgebildeten Frauen haben keine Kinder.

Die demografische Entwicklung

„Werden Kindergärten zu Altenheimen?“, fragte die *Bild-Zeitung* vor einiger Zeit. Die *Welt* befürchtete sogar das „Ende der Deutschen“. Das Statistische Bundesamt belegt dies mit alarmierenden Zahlen: Demnach wird die Bevölkerungszahl ohne Zuwanderung von heute 82 Millionen auf 59 Millionen im Jahr 2050 sinken. Die Anzahl der Zwanzigjährigen halbiert sich, die Anzahl der Bürger im aktiven Alter zwischen zwanzig und sechzig Jahren wird auf vierzig Prozent fallen. Den größten Anteil der Bevölkerung werden die über Sechzigjährigen stellen. Die Folge für Deutschland: Die Sozialsysteme können nach Expertenberechnungen nur bestehen, wenn der Beitragssatz für die Rentenversicherung auf bis zu 46 Prozent, der der Krankenversicherung auf 25,8 Prozent und der der Pflegeversicherung auf 5,8 Prozent steigt. Die Zahl der Schüler und Studierenden wird kleiner werden, Wohnungen werden leer stehen, die Anzahl

der Pflegefälle wird sich von 1,8 auf 3,6 Millionen verdoppeln.

Mindestens genauso schlimm: Ohne Kinder verliert eine Gesellschaft ihre Innovationskraft. Wer soll neue Firmen gründen, unkonventionelle Geschäftsideen haben oder neue Märkte schaffen, wenn nicht junge Leute?

Doch nicht nur aus volkswirtschaftlicher Sicht sollten wir besorgt sein. Ehe und Familie sind auch die zentralen Fundamente unseres demokratischen Staates. Die Ehe ist als umfassende, grundsätzlich lebenslange, individuelle Lebensrisiken abfedernde Lebensgemeinschaft von Mann und Frau angelegt. Familie ist nicht nur da, wo Eltern Verantwortung für ihre Kinder tragen, sondern auch Kinder Verantwortung für ihre Eltern übernehmen. Die Familie in allen ihren Ausprägungen und Lebensformen ist und bleibt die Keimzelle des Staates. Hier erfahren Kinder erstmals Geborgenheit und Angenommensein. Hier lernen sie, wie Übernahme von Verantwortung funktioniert. In der Familie werden die Grundwerte menschlichen Zusammenlebens vorgelebt und eingeübt, hier wird die Haltung junger Menschen zur freiheitlichen Demokratie geprägt.

Familie wird heute unterschiedlich gelebt

Eine Vielzahl von Lebensformen ist mittlerweile Realität in unserer Gesellschaft. Die Erwerbstätigkeit beider Partner ist heute ein mehrheitlich gewählter Lebensentwurf. Mehr als die Hälfte aller Mütter mit Kindern und mehr als ein Viertel aller Mütter mit Kleinkindern sind erwerbstätig. Frauen sind nicht immer gleichzeitig auch Mütter. Berufliche und private Mobilität stellen die familiären Bindungen vor neue Herausforderungen. Die Ein-Kind-Familie wird immer häufiger, bereits ein Drittel der Kinder wächst ohne Geschwister auf. Die Anzahl der allein Er-

ziehenden und „Patchwork-Familien“ (Haushalte mit Kindern aus mehreren Ehen) wächst.

Diese vielfältigen Lebensformen sind ein Resultat unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, aber nicht gleichbedeutend mit einem geringeren Interesse an Familie und Kindern. Die Solidarität zwischen Alten und Jungen ist immer noch intakt, der Zusammenhalt zwischen Eltern und Kindern ungebrochen. Eltern und Kinder unterstützen sich gegenseitig, 85 Prozent sehen oder sprechen sich zumindest einmal pro Woche, das belegen neue empirische Untersuchungen.

Dass sich heute dennoch immer weniger Paare für Kinder entscheiden, muss also andere Gründe haben. Wassilios Fthenakis vom Staatsinstitut für Frühpädagogik in München hält es nicht für verwunderlich, dass sich immer weniger junge Menschen für Kinder entscheiden. Die Bedingungen in Deutschland sind alles andere als optimal: Viele Familien sind spätestens ab dem dritten Kind von Armut bedroht. Eine bedarfsgerechte Infrastruktur für die Betreuung von Kindern muss bereitgestellt werden. Notwendig ist eine umfassende Familienpolitik.

Kinder sind ein Armutsrisiko

„Nie ging es den Familien so schlecht wie heute“, stellt der Familienrichter Jürgen Borchert (als Autor auch in dieser Ausgabe der *Politischen Meinung* vertreten, siehe Seite 19 bis 26) fest. Kinder stellen ein wesentliches Armutsrisiko in Deutschland dar. Wer früher keine Kinder hatte, war zur Armut verdammt. Heute ist es oft umgekehrt. Eine Mutter muss mehr als zehn Kinder großziehen, um eine annähernd hohe Rente wie ihre Schulfreundin zu erzielen, die eine ununterbrochene Erwerbsbiografie hat. Zahlreiche Studien, Familienberichte und zuletzt auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bele-

gen, dass die Entscheidung für das Kind große finanzielle Belastungen nach sich zieht. Da in vielen Fällen ein Einkommen zumindest zeitweise wegfällt oder nach dem beruflichen Wiedereinstieg nach der Familienpause niedriger ist, sinken auch die Rentenansprüche von Eltern, das heißt meistens der Mütter.

Berechnungen des IFO-Institutes von 1999 haben ergeben, dass das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen eines Ehepaares mit zwei Kindern bei 524 Euro pro Monat liegt. Damit bleibt den Familien nicht einmal halb so viel wie Ehepaaren ohne Kinder, welche über ein Pro-Kopf-Einkommen von 1210 Euro im Monat verfügen.

Vielen Familien und allein Erziehenden droht nach Geburt der Kinder der Gang zum Sozialamt. Heute leben bereits eine Million Kinder in Deutschland von der Sozialhilfe. Staatliche Transferleistungen können diesen finanziellen Einbruch nur zu einem Bruchteil abfedern. Das Kindergeld von monatlich 154 Euro deckt bei weitem nicht die Lebenshaltungskosten eines Kindes ab, die sich auf 300 bis 400 Euro belaufen. Besonders allein Erziehende sind von der Armut betroffen. Deren Zahl hat sich von 1970 mit 750 000 auf derzeit über zwei Millionen fast verdreifacht. Mehr als achtzig Prozent davon sind Frauen.

Zu wenig Akzeptanz und Unterstützung

Unsere Gesellschaft ist weit von Familien- und Kinderfreundlichkeit entfernt. Kinder werden häufig als „Störfaktor“ empfunden, die den reibungslosen Tagesablauf behindern. Nicht alle Nachbarn zeigen sich gegenüber Familien mit kleinen Kindern verständnisvoll. In Restaurants werden Eltern mit Kindern nicht selten mit genervten Blicken gestraft. Für Jugendliche gibt es vielfach keine Aufenthaltsmöglichkeiten außerhalb der eigenen vier Wände.

Kind und Karriere schließen sich nicht selten aus. Familienunfreundliche Arbeitsbedingungen erschweren ein geregeltes Familienleben. Betreuungseinrichtungen fehlen, und wenn diese vorhanden sind, sind die Öffnungszeiten meist nicht mit den Arbeitszeiten kompatibel. Private Betreuungsmöglichkeiten sind schwierig zu finden, zuverlässige Kontaktbörsen und Hilfsangebote, zum Beispiel Dienstleistungszentren, sucht man immer noch wie die Stecknadel im Heuhaufen. Die Schwierigkeiten von Familien hören auch nicht nach den ersten drei oder sechs Lebensjahren der Kinder auf. Im Gegenteil, mit Beginn der Schulzeit fangen diese häufig erst an. Unregelmäßige Schulzeiten, Verpflichtungen am Nachmittag wie Musikunterricht oder Hockeytraining, zu denen die Kinder häufig von den Müttern gefahren werden müssen, erschweren weiterhin deren Erwerbstätigkeit.

Die staatliche Förderung geht an der Realität vorbei

Der derzeitigen staatlichen Familienförderung fehlt der ganzheitliche Ansatz. Sie bringt den Familien deshalb keine tatsächliche Verbesserung ihrer finanziellen Situation, auch wenn das Kindergeld erhöht worden ist. Denn seit dem Regierungswechsel 1998 haben Familien sogar per Saldo und pro Kopf weniger Geld in der Tasche, da die Familienförderung durch andere zusätzliche Kosten, verursacht durch die Ökosteuern, die steigenden Krankenkassenbeiträge und die verunglückte Riester-Rente, aufgezehrt wird.

Darüber hinaus ist es eine soziale Ungerechtigkeit, dass die staatliche Unterstützung von Kindern je nach Einkommen der Eltern sehr unterschiedlich ausfällt. Sozialhilfeempfänger erhalten für Kleinkinder heute schon 185 Euro im Monat, während sich der „Otto Normalverbraucher“ mit 154 Euro Kindergeld be-

gnügen muss. Auch wer Kinderfreibeträge geltend macht, steht mit bis zu 222 Euro pro Kind im Monat deutlich besser da.

Das ist nicht gerecht, denn jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein. Außerdem bedeuten steuerliche Freibeträge noch lange keine Familienförderung. Familien erhalten dadurch lediglich selbst erwirtschaftetes Einkommen, das ihnen zu Unrecht über Steuern genommen worden ist, als Steuervergütung zurück.

Eine weitere Ungerechtigkeit: Obwohl die Einkommenssituation von kinderreichen Familien besonders angespannt ist, wurden von der rot-grünen Bundesregierung dritte und weitere Kinder von der letzten Kindergelderhöhung ausgenommen.

Wir brauchen ein Ja zur Familie

Es ist höchste Zeit für einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch: Wir brauchen ein überzeugtes „Ja“ zur Familie und ein deutliches „Ja“ zum Kind. Wenn Kinder zu bekommen und zu erziehen auch zunächst in der eigenen Verantwortung von Eltern liegt, so muss diese Entscheidung doch von der Gesellschaft getragen und unterstützt werden.

Jeder Einzelne kann dazu beitragen: Die Nachbarn können ein Auge zudrücken, wenn ein Kind einmal wieder etwas laut im Hof herumtobt. Freunde und Verwandte sollten Verständnis haben, wenn Verabredungen für ein Abendessen oder für den Besuch im Kino seltener getroffen werden. Stattdessen könnte ein Ausflug gemeinsam mit den Kindern allen gemeinsam Freude bereiten. Auf dem Wohnungsmarkt müssen Familien mit Kindern eine faire Chance bekommen.

Auch die Arbeitswelt muss reagieren. Wir brauchen für Väter und Mütter familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Ein Beispiel dafür sind die neuen Wege, die

DaimlerChrysler in Wörth beschreitet. Die Arbeit soll dort familienfreundlich werden. Deshalb wurde eine Projektgruppe aus Betriebsrat, Werksleitung, Personalabteilung und einer Reihe von Arbeitern – Frauen und Männern – zusammengesetzt. Unterstützung für die Umgestaltung erhielten sie durch eine Unternehmensberatungsfirma.

Auch junge Firmen können mit Familienfreundlichkeit punkten: Die Software-smiede Inosoft hat das Konzept „Work-Life-Balance“ in die Tat umgesetzt. Zwei allein erziehende Programmierer arbeiten Teilzeit. Der Consultant-Leiter pendelt zwischen Japan, den USA und Paris, hat aber freitags „Papatag“, um seinen einjährigen Sohn zu betreuen. Die Firmenstrategie geht auf: In den letzten Jahren gab es keine Mitarbeiterfluktuation. Die Vorteile für die Unternehmen liegen auf der Hand: zufriedener und damit engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit hoher Sozialkompetenz, die dem Unternehmen gerne lange treu bleiben werden.

Zu einer familienfreundlichen Gesellschaft müssen alle gesellschaftlichen Gruppen, die Verbände, die Vereine, die Kirchen, aber auch die Politik ihren Beitrag leisten.

Die Union ist die Partei der Familien

Der Handlungsbedarf in der Politik ist nach wie vor groß. Familienpolitik darf nicht als „weiches“ oder „Randthema“ gehandelt, sondern muss zu einer Querschnittsaufgabe werden, die in allen Ressorts Priorität hat. Für die Union war die Förderung von Ehe und Familie schon immer ein Schwerpunkt ihrer Politik. Bereits 1950 verabschiedete sie das Erste Wohnungsbaugesetz, das insbesondere Familien fördert. 1953 folgte die gesetzliche Regelung des Mutterschutzes.

Vielzählige Maßnahmen zu Gunsten der Familien schlossen sich an. Besondere

Meilensteine waren die Wiedereinführung des steuerlichen Kinderfreibetrags, die mehrfache Anhebung des Kindergeldes – von 1982 bis 1998 stieg es von fünfzig auf 220 D-Mark –, sechshundert D-Mark Erziehungsgeld und drei Jahre Erziehungsurlaub, die Anhebung der Kinderkomponente bei der Eigenheimförderung, die Berücksichtigung von Erziehungszeiten entsprechend dem vorherigen Durchschnittsverdienst bei der gesetzlichen Rente bis hin zum Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Auch auf regionaler und kommunaler Ebene wird gehandelt. „Unsere Stadt/Unsere Gemeinde soll familienfreundlich werden“ heißt eine Aktion, die im Jahr 2000 in Rheinland-Pfalz von der Frauen-Union, der CDA und anderen CDU-Vereinigungen gestartet wurde. Auf regionalen Familienkonferenzen wurden alle, die mit Eltern und Kindern zu tun haben, an einen Tisch gerufen, um Erfahrungen auszutauschen und zu beraten: Wo brennt's – und was können wir tun? Denn es ist Zeit für eine neue Zielvorgabe: Vorfahrt für Familien!

Faire Politik für Familien

Mit der Offensive der Union „Faire Politik für Familien“ sollen alle Familien maßgeblich gestärkt und unterstützt werden. Denn die Lebensläufe junger Menschen lassen sich heute nicht mehr über einen Kamm scheren. Einfache Lösungen werden der Realität nicht mehr gerecht. Komplexe Situationen erfordern komplexe und vielschichtige Initiativen. Familien müssen Rahmenbedingungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, ihr Familienleben so zu gestalten, wie sie es für richtig halten. Es geht um die Verbesserung der Strukturen und eine gerechte und verlässliche Förderung von Familien. Die Initiative der Union für Familien beruht deshalb auf drei Säulen: 1. bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, 2. mehr finanzielle Gerechtigkeit für Fami-

lien und 3. die Stärkung der Erziehungs-kompetenz.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedeutet zunächst: Strukturen verbessern. Damit Eltern mit Kindern nicht beruflich benachteiligt werden, brauchen wir familienfreundliche Arbeitsplätze. Um Eltern eine Chance zu geben, Familie und Beruf tatsächlich zu vereinbaren, bedarf es einer größeren Flexibilität am Arbeitsplatz.

Flexible Arbeitszeitmodelle müssen verstärkt entwickelt und eingesetzt werden. Teilzeitarbeit und Telearbeit bieten gute Ansätze. Die Möglichkeiten für einen Wiedereinstieg in eine Ausbildung oder in eine Erwerbstätigkeit nach der Familienzeit sowie auch das Kontakt-Halten mit der Arbeitsstelle müssen verbessert werden. Wir wollen den von der Union in den achtziger Jahren eingeführten und auf drei Jahre ausgebauten Erziehungsurlaub (seit dem 1. Januar 2001 unter dem Begriff „Elternzeit“) flexibler gestalten (Familienzeit). Kinder brauchen in wichtigen Lebensphasen, so etwa nach der Geburt, nach dem Eintritt in den Kindergarten oder nach der Einschulung, die verstärkte Zuwendung ihrer Eltern. Bei der Ausgestaltung der Familienzeit soll dies berücksichtigt werden können und Anreize gesetzt werden, die Väter verstärkt einzubeziehen.

Parallel dazu muss die Weiterentwicklung der Kinderbetreuung für alle Altersgruppen bis hin zu einem bedarfsgerechten Netz von Ganztagsbetreuung erfolgen. Dabei sollen auch private Initiativen, freie Träger und die Angebote von Tagesmüttern gefördert werden. Die Kosten für die Betreuung zwischen tausend und fünftausend Euro sollen ab 2003 von der Steuer absetzbar sein.

Auch die Schulen werden vor neue Herausforderungen gestellt. Denn der Bedarf an pädagogisch hochwertigen Ganz-

tagsschulen ist gestiegen. Von der Qualität der Betreuung, von Bildung und Erziehung hängt es ab, ob die heranwachsende Generation den Erwartungen, Herausforderungen und Belastungen gewachsen sein wird, mit denen sie in der Welt von morgen konfrontiert sein wird.

Mehr finanzielle Gerechtigkeit für Familien

Die Union will ab 2004 stufenweise ein einheitliches Familiengeld einführen. Das bedeutet im Klartext: sechshundert Euro im Monat für Kinder bis drei Jahre, dreihundert Euro im Monat für Kinder ab drei Jahren und hundertfünfzig Euro im Monat für Kinder ab achtzehn Jahren in der Ausbildung. Mit diesem Familiengeld eröffnen wir Chancen, dass Eltern das Familienleben besser als bisher nach ihren Wünschen gestalten können. Das Familiengeld schafft Gerechtigkeit, da es unabhängig von der Erwerbstätigkeit und der Einkommenshöhe der Eltern gezahlt wird. Außerdem ist es steuer- und abgabenfrei und soll an die jeweilige Preisentwicklung angepasst werden. Damit werden finanzielle Benachteiligungen von Familien abgebaut, die Leistungen der Familie für die Gesellschaft besser anerkannt und die Förderung junger Familien deutlich verbessert.

Die Folge: Das Existenzminimum von Kindern ist abgedeckt. Eine Million Kinder werden aus der Sozialhilfe geholt. Zusätzlich wird dadurch erreicht, dass sich auch für Sozialhilfeempfänger mit Kindern eine Erwerbstätigkeit wieder lohnt, denn durch das Familiengeld wird das Lohnabstandsgebot verwirklicht: Das Familiengeld führt dazu, dass der Sozialhilfebedarf einer fünfköpfigen Familie von derzeit rund 1750 Euro auf 550 Euro (ein Kind unter drei Jahren, zwei Kinder unter achtzehn Jahren ergeben ein Familiengeld von 1200 Euro statt 480 Euro Kindergeld nach heutiger Rechtslage) sinkt. Das aber bedeutet nichts anderes, als dass es

sich für Vater und Mutter dieser fünfköpfigen Familie bereits ab einem Monatseinkommen von 550 Euro wieder lohnt zu arbeiten.

Stärkung der Erziehungskompetenz

Die dritte Säule beinhaltet die Stärkung der Erziehungskompetenz. Denn Eltern übernehmen mit der Erziehung von Kindern eine große Verantwortung und leisten einen außerordentlichen Beitrag für die Gesellschaft. Sie sehen sich heute allerdings mit wachsenden Herausforderungen und Belastungen in Fragen des Zusammenlebens und der Kindererziehung konfrontiert. Erwünschte und unerwünschte Miterzieher unter anderem aus den Medien haben an Einfluss gewonnen.

Eltern müssen daher in ihrer verantwortungsvollen Aufgabe unterstützt werden. Familienberatung und Familienbildung müssen ausgebaut und vernetzt werden, damit Eltern in ihrer Eigenverantwortung und in ihrer Medienkompetenz gestärkt werden. Auch im Bereich der Erzieherinnenausbildung, ihrer beruflichen Weiterbildung sowie der Supervision besteht Handlungsbedarf. Mit Bildungsgutscheinen sollen Eltern Angebote in Anspruch nehmen können, die sie bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgabe unterstützen. Ein weiterer Vorschlag zielt darauf, die Kindergärten zu Häusern für die Familien weiterzuentwickeln. Dort können unter einem Dach Kindergarten, Hort, Krippe, Tagesmutterbörse sowie Angebote für Bildungs- und Beratungsangebote zusammengeführt werden. Mit dem Haus der Familie entsteht so eine Anlaufstelle gerade für junge Eltern, wo diese Rat und Unterstüt-

zung in dieser wichtigen Lebensphase finden können.

Wir schreiben das Jahr 2010

Nach der Einführung der familienpolitischen Maßnahmen der Unionsparteien könnte also in ein paar Jahren folgendes Szenario Wirklichkeit werden: Wir schreiben das Jahr 2010; Marion, 40, und Thomas, 44, Kai, 5 Jahre alt, und Anna-Lisa, 2, sind eine Familie. Marion ist inzwischen Lektorin in einem anderen Verlag und Thomas Abteilungsleiter in seiner Firma. Marion arbeitet zum Teil von zu Hause aus, weil ihr Arbeitgeber ihr einen Telearbeitsplatz eingerichtet hat. Eine Tagesmutter betreut morgens das Kind, wenn wichtige Besprechungen im Büro anstehen. Thomas bringt auf dem Weg zur Arbeit seinen Sohn Kai immer in den Kindergarten. Dank des Familiengeldes kann sich die Familie diese Ausgaben für gute Kinderbetreuung leisten.

Auch Karin, 32, und Bernd, 35, sind jetzt überglücklich. Auch sie haben sich für eine Familie entschieden. Seit der Geburt der Zwillinge Tina und Sabina, drei Jahre alt, hat Karin ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen – Wiedereinstieg nicht ausgeschlossen. Bernd arbeitet weiter in seinem Beruf als Kfz-Mechaniker. Mit dem Familiengeld konnte das Paar den Verdienstausschlag abfedern. Karin ist gerade zum zweiten Mal schwanger. Sie freut sich schon riesig auf den Nachwuchs.

Politik muss also Rahmenbedingungen schaffen, damit Eltern den Kinderwunsch so realisieren können, wie es ihren Lebensvorstellungen entspricht. Wir brauchen deshalb ein Umsteuern hin zu einer nachhaltig familienfreundlichen Gesellschaft!

Dieser Ausgabe liegt ein Werbeprospekt der Konrad-Adenauer-Stiftung bei.